



SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA Stoppt den Völkermord in Gaza

Am 7. Oktober griffen palästinensische bewaffnete Kräfte – nicht nur die Hamas, sondern auch nicht religiös orientierte Verbände – aus dem Gazastreifen heraus Israel an. Sie beschossen Armeestellungen und israelische Siedlungen. Diese Offensive war eine unmittelbare Folge jahrzehntelanger aggressiver Unterdrückung der Palästinenser durch Israel. Seit 1948 wurden die Palästinenser systematisch aus ihren Gebieten vertrieben. Diese Kolonial- und Apartheidpolitik ist gekennzeichnet durch die völkerrechtswidrige Besetzung palästinensischen Gebiets, die Zerstörung palästinensischer Dörfer sowie die Inhaftierung und Tötung von Palästinensern, darunter auch vieler Kinder. All dies wurde vom UN-Sicherheitsrat vielfach verurteilt, verbindliche Maßnahmen jedoch von den USA verhindert. Vor dem Angriff der Palästinenser wurden allein in diesem Jahr über 200 Palästinenser getötet, mehr als 1.000 sitzen in administrativer Haft, das heißt, sie sind eingesperrt ohne Gerichtsverfahren oder Zugang zu den Akteuren. Im Spätsommer 2024 kam es vermehrt zu Übergriffen israelischer Siedler auf Palästinenser. Außerdem wurde die Al-Aksa-Moschee in Jerusalem angegriffen. Im Gaza-Streifen findet ein Völkermord



durch Israel statt. Allein seit Oktober 2023 wurden dort mehr als 40.000 Menschen getötet, ein großer Teil von ihnen Frauen und Kinder. Gezielt werden Schulen und Krankenhäuser beschossen. Der internationale Gerichtshof behandelt die Frage des Genozids auf einen Antrag von Südafrika hin und sieht klar einen Anfangsverdacht gegeben. Dies hindert die Bundesregierung nicht daran, Israel bedingungslos zu unterstützen. Die DKP erklärte dazu: Die Verantwortung für die Eskalation, für die Toten auf beiden Seiten, liegt bei der rechtsextremen israelischen Regierung und ihrer Apartheid-, Kolonial- und Besatzungspolitik. Mitverantwortlich sind die imperialistischen Unterstützer dieser Politik, darunter auch die Bundesregierung. Der Kampf des palästinensischen Volks reiht sich ein in die anticolonialen Kämpfe, die angesichts veränderter weltweiter Kräfteverhältnisse zugenommen haben. Dieser Krieg und dieses Blutvergießen kann nur ein Ende finden, wenn die Rechte der Palästinenser auf ihr Land und einen Staat durchgesetzt werden. Eine politische Lösung ist notwendig und dann möglich, wenn die israelische Besatzungspolitik ein Ende findet. Die DKP ist solidarisch mit dem palästinensischen Volk und seinem jahrzehntelangen Kampf.

WER IST DER AGGRESSOR?

Fragen und Antworten zum Krieg Israels gegen Palästina

Im Gaza-Streifen findet ein Völkermord durch Israel statt. Allein seit Oktober 2023 wurden dort mehr als 40.000 Menschen getötet, ein großer Teil von ihnen Frauen und Kinder. Der Anlass für die Intensivierung des Kriegs gegen die Bevölkerung war eine Militäraktion des palästinensischen Widerstands am 7. Oktober 2023, dessen Ursache eine jahrzehntelange Besatzungs- und Apartheidpolitik des Staates Israel ist. Die deutsche Regierung stellte und stellt sich bedingungslos auf die Seite der israelischen Regierung und hat die Unterstützung Israels zur „Staatsraison“ erklärt. In den deutschen Medien wurden die Aktionen ausschließlich der Hamas zugeschrieben, die nur noch mit dem Zusatzbegriff „Terror“ genannt werden darf. Nach wie vor werden in den deutschen Medien Meldungen über angebliche Gräueltaten verbreitet, die selbst in Teilen der israelischen Presse als widerlegt betrachtet werden. Die Solidaritätsbewegung mit Palästina wird kriminalisiert, Solidaritätsinitiativen werden verboten, jede Kritik an Israel wird als „antisemitisch“ diffamiert. In dieser Situation wollen wir auf einige Fragen und Behauptungen im Zusammenhang mit der Lage in Palästina und dem Nahost-Konflikt eingehen, um Narrative, die in Deutschland fast nicht mehr hinterfragt werden können, zu widerlegen.

Geht es hier nicht einfach um einen unlösbaren Konflikt zwischen Muslimen und Juden?

Auch wenn der Konflikt in Palästina oft den Anschein eines religiösen Kampfes erweckt, geht es im Wesentlichen um einen nationalen Konflikt zwischen Kolonialherren und Kolonisierten, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Das Reduzieren des Konfliktes auf eine lokale religiöse Streitigkeit dient dazu, die Realität zu verschleiern. Die beteiligten Akteure werden als irrational dargestellt. Unter Gleichsetzung der Parteien Israel und Palästina gibt es keine Unterdrücker und Unterdrückten, nur religiöse Fanatiker. Bei diesem Konflikt handelt es sich nicht um einen religiösen, antisemitischen Kampf gegen das Judentum. Es handelt sich um einen politischen Konflikt, der den Palästinensern von den Briten und später den US-Amerikanern aufgebürdet wurde. Für den Westen fungiert Israel als Gendarmerie im Nahen Osten. Es destabilisiert antiimperialistische Bemühungen, wo immer es kann. Syrien und der Libanon sind dafür Beispiele.

Die Palästina-Frage ist also kein heiliger Krieg zwischen sich ewig bekriegenden Völkern, sondern ein Kampf um die nationale Frage, der aus dem Siedlerkolonialismus und dem reaktionären Ethno-Nationalismus namens Zionismus resultiert. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, dass es immer palästinensischen Widerstand gegen den Zionismus gegeben hat – und das lag nicht an der Religion der Kolonisten oder der kolonisierten Menschen.

Warum wehren sich die Palästinenser nicht mit friedlichen Mitteln?

Das tun sie. Und darauf wurde und wird mit Gewalt reagiert. Es gibt eine lange Geschichte des gewaltlosen palästinensischen Widerstands gegen die zionistische Agenda, die in die frühen 1930er Jahre zurückreicht. Die ersten Phasen dieser Revolte begannen mit gewaltfreiem Widerstand in Form von Streiks und Protesten, die von der Regierung mit aller Härte niedergeschlagen wurden. Ein Beispiel ist die Zerstörung von mehr als 200 Gebäuden in Jaffa am 16. Juni 1936. Später, während der ersten Intifada Ende der 1980er Jahre setzten die Palästinenser wieder friedliche Taktiken ein, auf die Israel nur mit Brutalität reagierte, tausende Palästinenser wurden getötet und es gab Massenverhaftungen. 2018 gab es in Gaza große friedliche Massenproteste, um auf die unmenschliche Lebenssituation hinzuweisen („Der große Marsch der Rückkehr“). Die israelische Armee reagierte darauf, indem 189 Demonstranten erschossen und 6.106 verletzt wurden. Diese Art der gewaltsamen Repression durch Israel setzte sich in den letzten Jahren bis heute fort.

Warum spricht ihr von Besatzung?

Schon vor der Balfour-Deklaration 1917

stellte der zionistische Landerwerb eine Bedrohung für die Bauern dar, da er einheimische Bauern von fruchtbarem Land vertrieb. Die zionistische Besatzung Palästinas erfolgte nicht nur militärisch, sondern auch durch die Privatisierung palästinensischen Bodens und kolonialistische Enteignung. Dieser Prozess wurde in den folgenden Jahren durch die britische Besatzung noch intensiviert und erhielt nach der Gründung des Staates Israel eine neue Dimension. Insgesamt 750.000 Menschen wurden vertrieben, 15.000 Palästinenser ermordet, ganze Dörfer vollständig zerstört. Diese Massenvertreibung wird „Nakba“ (Katastrophe) genannt und dauert bis heute an. Das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, das nach UN-Beschlüssen den Palästinensern zugesprochen wurde, ist seit dem 7. Juni 1967 militärisch von Israel besetzt, als die israelischen Streitkräfte das damals von Jordanien beherrschte Gebiet im Sechstagekrieg eroberten. Der Status des Westjordanlandes als militärisch besetztes Gebiet wurde vom Internationalen Gerichtshof und – mit Ausnahme von Ostjerusalem – sogar vom Obersten Gerichtshof Israels bestätigt. Es ist die längste militärische Besatzung in der modernen Geschichte. Inzwischen hat der Internationale Gerichtshof geurteilt, dass Israel mit seiner Besatzung gegen das Völkerrecht verstößt. Die israelischen Streitkräfte und Siedler haben sich 2005 zwar aufgrund des palästinensischen Widerstands aus dem Gazastreifen zurückgezogen, aber das bedeutet nicht, dass alle Erscheinungsformen der Besatzung beendet wurden. Israel kontrolliert den Luftraum des Gazastreifens, seine Hoheitsgewässer, die Verbotszonen innerhalb des Gebiets und sogar das Bevölkerungsregister, d.h. Israel darf sogar bestimmen,



In Gaza soll kein Stein auf dem anderen bleiben. Doch Netanjahu schreckt auch vor einem Krieg mit dem Libanon nicht zurück. (Foto: IDF)

wer im Gazastreifen Palästinenser ist und wer nicht. Was für eine souveräne, nicht besetzte Einheit kann nicht einmal bestimmen, wer ihre Bürger sind?

Warum spricht ihr in diesem Kontext von „Apartheid“?

In Israel wird zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität unterschieden, wobei es eigentlich um eine Religionszugehörigkeit geht. Man kann israelischer Staatsbürger sein, aber auch drusischer oder jüdischer Nationalität beziehungsweise Religion. Die Nationalität wird durch diese Zugehörigkeit bestimmt und kann nicht geändert oder in Frage gestellt werden. Viele der Rechte, die man in Israel hat (zum Beispiel Landerwerb), ergeben sich aus der Nationalität/Religion, nicht aus der Staatsangehörigkeit. Das bedeutet, dass ein arabischer israelischer Staatsbürger und ein jüdischer israelischer Staatsbürger zwar beide Staatsbürger sind, aber unterschiedliche Rechte und Privilegien genießen, die von ihrer „Nationalität“ abhängen. Dies ist nicht nur eine Diskriminierung in der Praxis, sondern eine Diskriminierung per Gesetz. Es gibt noch zahlreiche anderer Methoden, mit denen Israel seine Politik der Apartheid durchzusetzen vermag. Zum Beispiel wird jeder jüdische Mensch, der nach Israel geht, sofort als Staatsbürger anerkannt und mit „Sal Klita“ bezahlt. Dabei handelt es sich um sechs monatliche Zahlungen durch das Einwanderungsministerium; die erste wird bei Ankunft am Flughafen Ben Gurion in Tel Aviv ausgezahlt. Ein arabischer Flüchtling hingegen, dessen Familie bis 1948 im Land gelebt hat – Land, das jetzt von Zionisten besetzt ist –, hat kein Recht auf Rückkehr in sein Land. Ein großer Prozentsatz des Landes in Israel steht unter der Kontrolle des sogenannten „Jüdischen Nationalfonds“, der „ein spezielles Mandat, Land für Juden zu entwickeln und nur an Juden zu verpachten“ hat. Fast 80 Prozent des gesamten Landes sind für palästinensische Bürger in Israels nicht zu pachten oder mieten. Mehr als 5 Millionen Palästinenser leben unter Kriegsrecht und haben keine Bürgerrechte. Gesetze verbieten es der palästinensischen Bevölkerung, außerhalb bestimmter Gebiete zu wohnen oder Geschäftsräume zu mieten. Die zugelassenen Gebiete stehen unter militärischer Kontrolle und jeder verdächtige Palästinenser kann ohne Gerichtsverfahren verhaftet werden. Die Menschen in Gaza haben keine Rechte und leben unter einer von Mauern umgebenen Militärherrschaft. Es ist ihnen nicht erlaubt, sich außerhalb der zugelassenen Gebiete zu bewegen. Gaza ist zu einem über Jahrzehnte angelegten „Freiluft-Gefäng-



In Palästina stehen die Mitarbeiter des Roten Halbmonds totaler Zerstörung gegenüber – lindern können sie das Leid auch wegen fehlender Hilfslieferungen nicht. (Foto: Palestine Red Crescent Society)

nis“ für die Palästinenser geworden. All das widerlegt auch die Idee, dass „Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten“ sei, denn einer der zentralen Aspekte der bürgerlichen Demokratie ist die Gleichheit, zumindest die Gleichheit vor dem Gesetz. Man kann nur dann von einem demokratischen System sprechen, wenn alle, die Teil von ihm sind, auch rechtlich und moralisch gleichgestellt sind. Es gibt keine Bürger zweiter Klasse. Im Falle Israels gibt es jedoch eine klare Unterscheidung zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität.

Ist der Kampf für die Befreiung Palästinas antisemitisch?

Nein, das ist er nicht. Der palästinensische Widerstand kämpft nicht gegen Israel, weil er die Juden unterdrücken oder ausrotten will oder weil jemand jüdischer Abstammung ist. Die Palästinenser wehren sich, weil sie seit 1948 unter gewaltsamer militärischer Besatzung stehen und mit einem Siedlerkolonialismus-Projekt konfrontiert sind, das allein seit dem 7. Oktober 2023 fast 40.000 Tausend Palästinenser getötet und mehr als 2 Millionen Menschen vertrieben hat. Der Antisemitismus ist kein Produkt der arabischen oder muslimischen Welt. Ghettos, Pogrome, Rassismus und die systematische Ermordung von Juden sind ein europäisches Phänomen. Der Zionismus ist eine ideologische Strömung des Judentums, die auf Theodor Herzl zurückgeht und politisch zum Zwecke der Vorherrschaft und territorialen Kolonisierung Palästinas instrumentalisiert wird. Der politische Zionismus betrachtet das Judentum nicht als eine plurale Religionsgemeinschaft wie etwa das Christentum und der Islam es sind, sondern als eine einheitliche Ethnie. Daher unterscheidet sich der Zionismus vom Judentum, ebenso wie sich der Antizionismus vom Antisemitismus unterscheidet. Der politische Zionismus sagt nicht dem Antisemitismus den Kampf an,

sondern ist gegen die Verschmelzung (Assimilierung) der Juden in ihren jeweiligen Heimatländern. Die Juden sollen ihre bisherige Heimat verlassen, sich von den Nichtjuden separieren und das Land eines anderen Volkes besiedeln, um einen jüdischen Staat zu errichten. Der politische Zionismus lehnt Integration und das multiethnische Zusammenleben strikt ab. Er ist in seinem Wesen reaktionär und undemokratisch. Der politische Zionismus ist explizit ein koloniales Siedlerprojekt, für das die israelische Führung offen ihre Absicht bekundet, die Palästinenser zu vertreiben.

Lässt sich wirklich von Völkermord reden?

Mindestens 14.000 der fast 40.000 ermordeten Palästinenser seit Oktober 2023 sind Frauen und Kinder. Nach Angaben von „The Lancet“ wird die Zahl der gemeldeten Todesfälle wahrscheinlich unterschätzt. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass bis zu 186.000 oder sogar noch mehr Tote auf den derzeitigen Konflikt im Gazastreifen zurückzuführen sind. Dies würde 7 bis 9 Prozent der Gesamtbevölkerung des Gazastreifens entsprechen. Wir sprechen von Völkermord, weil das israelische Vorgehen nicht nur die Massentötung von Palästinensern, sondern auch die Zerstörung ihrer Häuser, ihre Vertreibung und Umsiedlung sowie die Blockade von Lebensmitteln, Wasser und medizinischer Hilfe für die Region umfasst. Diese Handlungen schaffen vorsätzlich Lebensbedingungen, die auf die physische Zerstörung der Palästinenser als Volk abzielen. Mindestens 370.000 Wohneinheiten in Gaza wurden beschädigt, alle Universitäten in der belagerten Enklave sind entweder sehr stark beschädigt oder komplett zerstört worden. Israel bombardiert systematisch palästinensische Wohnhäuser und weite Teile landwirtschaftlicher Nutzflächen sowie Bäckereien, Schulen, Universitäten, Betriebe, Gotteshäuser, Friedhöfe, kulturelle

und archäologische/kulturhistorische Stätten, kommunale und gerichtliche Gebäude, aber auch kritische Infrastrukturen, einschließlich der Wasser- und Abwasseranlagen und der Stromnetze. Israel führt gleichzeitig einen unerbitlichen Angriff auf das palästinensische Medizin- und Gesundheitssystem. Von den 36 großen Krankenhäusern, die früher mehr als zwei Millionen Menschen im Gazastreifen versorgten, sind nur noch 10 einigermaßen funktionsfähig, wobei die Art der Leistungen, die sie erbringen können, inzwischen stark eingeschränkt ist. Noch kritischer wird die Situation durch ansteckende Krankheiten, die durch Hunger und Wassermangel verursacht werden. Wesentliche Gesundheitsdienste wurden zerstört, besonders jene, die für das Überleben schwangerer Frauen und von Neugeborenen essentiell wichtig sind. Damit zielt Israel auf die demografische Zersetzung des palästinensischen Volkes ab. Die völkermörderischen Absichten des Besatzers zeigen sich auch, wenn auf israelischer Seite vom „Mähen des Rasens“ in Gaza gesprochen und damit die ethnische Säuberung verklausuliert wird oder wenn der Verteidigungsminister Yoav Gallant proklamiert: „Ich habe eine vollständige Belagerung des Gazastreifens angeordnet. Es gibt keinen Strom, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen“. Und: „Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend“. Seit über 70 Jahren werden die Palästinenser durch die Zionisten von ihrem Land vertrieben und ethnisch gesäubert. Historisch waren die Zionisten eine Minderheit, die sich als Mehrheit etablieren wollte und zu diesem Zwecke die systematische Vertreibung und Beseitigung der palästinensischen Araber legitimierte, und das mit dem Mythos begründete, Palästina sei „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“.

Kann man sich auf die Zahlen der Todesopfer verlassen, wenn sie von der Hamas stammen?

Die WHO und die UNO halten die Zahlen des Gesundheitsministeriums Gazas für zuverlässig, und die Zahlen haben einer internationalen unabhängigen Prüfung standgehalten. Listen von Todesopfern unter der Zivilbevölkerung mit Namen und nationalen Dokumenten wurden veröffentlicht und von mehreren Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, sowohl international als auch lokal überprüft.

Was sagt ihr zu den Taten der Hamas und dem 7. Oktober 2023, der Al-Aksa-Flut?

„Die Hamas ist barbarisch, sie enthaupet Babys, sie benutzt Kinder und Zivilisten als Schutzschilde und sie vergewal-

tigt Frauen“ ist das herrschende Narrativ. Diese Verleumdung wurde auch bei früheren Konflikten im Irak, in Afghanistan und Syrien eingesetzt. Sie entpuppten sich als Lügen. Diese Anschuldigungen sind zweckmäßig, da sie auf einen Schlag zwei Propagandaerfolge erzielen. Sie sollen den Gegner entmenschlichen und die große Zahl der zivilen Todesfälle in Gaza rechtfertigen. Einerseits verweigert Israel jede Zusammenarbeit mit internationalen Strukturen, um aufzuklären, was am 7. Oktober 2023 wirklich passiert ist, andererseits bestätigte eine unabhängige UN-Kommission, dass Israel systematisch Palästinenser gefangen nimmt und sie foltert, einschließlich sexuellen Missbrauchs.

Was steckt hinter der unerschütterlichen Unterstützung Deutschlands für Israel?

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich Westdeutschland innenpolitisch eine gründliche Entnazifizierung der Gesellschaft nicht leisten, da dies die kapitalistische Basis der BRD destabilisiert hätte. Anstatt sich mit den wirtschaftlichen Wurzeln des Faschismus zu befassen und die Beihilfe zum Hitlerfaschismus strafrechtlich zu verfolgen, förderten Konservative und Liberale in der BRD ein Narrativ der kollektiven deutschen Schuld, für die alle Bürger büßen müssten. Die BRD steht in der Tradition des deutschen Imperialismus. Die bedingungslose Unterstützung Israels ist zum einen das Ergebnis eigennütziger wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen, zum anderen das Ergebnis des Bemühens, die Verantwortung für den Holocaust zu verdrängen und um die westdeutsche Gesellschaft nicht entnazifizieren zu müssen. Deutschland ist Israels wichtigster Wirtschaftspartner in der EU mit einem bilateralen Handelsvolumen von 8,94 Milliarden US-Dollar (2022). So sind beispielsweise die Waffenverkäufe an Israel in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen; Siemens profitiert regelmäßig von israelischen Aufträgen.

Schätzt ihr die Hamas nicht als Terrororganisation ein?

Die Hamas ist eine palästinensische Partei, die 2006 die Wahlen in Gaza gewann und 76 der 132 Sitze im Parlament errang. Die UNO hat 160 Mitgliedsstaaten, von denen nur eine Minderheit (33 Staaten) die Hamas als Terrororganisation betrachtet, wobei es sich bei diesen Ländern hauptsächlich um EU-Staaten und die G7 handelt. Die UNO selbst betrachtet die Hamas nicht als Terrororganisation. Auch Europäische Länder wie die Schweiz und Norwegen betrachten die Hamas nicht als Terrororganisation. Das Narrativ einer Terrororganisation

wird benutzt, um den palästinensischen Kampf zu delegitimieren und Massenmord und Bombenangriffe zu rechtfertigen. Alles kann akzeptiert werden, wenn der Feind entmenschlicht und als Terrorist betrachtet wird. Die palästinensische Widerstandsbewegung, auch die in Gaza, besteht keineswegs nur aus der Hamas, auch wenn diese in Gaza der stärkste Teil ist. Auch linke Organisationen, wie die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas, beteiligen sich am Widerstand, auch am bewaffneten Widerstand, es gibt eine Koordination.

Müssen die israelischen Geiseln nicht erst befreit werden, bevor es Frieden geben kann?

In Deutschland denken alle nur an Israelis, wenn von Geiseln die Rede ist. Seit 1967 inhaftierte Israel eine Million Palästinenser in zionistischen Gefängnissen, darunter 17.000 Frauen und 50.000 Minderjährige. Derzeit sitzen in den besetzten Gebieten Palästinas über 9.000 Palästinenser hinter Gittern und in den letzten Jahren wurden jährlich 500 bis 700 Kinder verhaftet. Israels System der sogenannten „Administrativhaft“ erlaubt es den zionistischen Behörden, die Inhaftierung eines palästinensischen Gefangenen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Im September 2023 befanden sich mehr als 1.300 Palästinenser in dieser unbefristeten Haft ohne Gerichtsverfahren. Warum spricht in Deutschland niemand von diesen Gefangenen? Was Israel das Leben der Geiseln wert ist, zeigt auch die „Hannibal-Direktive“. Die Anweisung verpflichtet israelische Soldaten, auf Feinde zu schießen, die einen „Kameraden“ in ihrer Gewalt haben – auch wenn dies das Leben des Israelis gefährden könnte. Sie wurde vom israelischen Militär auch am 7. Oktober 2023 angewandt. Bei der Abwehr des Angriffs der Palästinenser sollen nach Untersuchungen der Zeitung „Jediot Acharonot“ auch eigene Soldaten und Zivilisten getötet worden sein. Der Befehl habe gelautet, „um jeden Preis Hamas-Terroristen daran zu hindern, nach Gaza zurückzukehren, auch wenn einige von ihnen Entführte bei sich hatten“. Nicht ohne Anlass demonstrieren in Israel Zehntausende gegen die Regierung. Sie fordern Verhandlungen für die Freilassung der Geiseln statt der ständigen Eskalation des Krieges.

Die Fragen und Antworten zum Krieg Israels gegen Palästina erstellte die DKP Gruppe Berlin-Pankow. Hintergrundartikel gibt es in einer UZ-Dokumentation im UZ-Shop (uz-shop.de) und in einem Online-Dossier der UZ: www.unsere-zeit.de/naher-osten/